

Länderbericht Nordrhein-Westfalen zum 13. EDV-Gerichtstag

(Stand 01.07.2004)

I. Stand der Ausstattung

Die Vollaussstattung der mit Informationstechnik auszustattenden Arbeitsplätze der Justiz ist nahezu erreicht. Es wurden insgesamt mehr als 29.000 Bildschirmarbeitsplätze eingerichtet; hinzu kommen 1.923 Schulungs- und Ausbildungsplätze. Die Arbeitsplätze sind fast durchgängig in eine lokale Vernetzung eingebunden und an das Landesverwaltungsnetz (LVN) angeschlossen. Lediglich bei kleineren Bewährungshilfedienststellen, wo Standardnetzanbindungen in höchstem Maße unwirtschaftlich wären, bestehen insofern noch Lücken. Alle Bildschirmarbeitsplätze sind mit moderner Bürokommunikationssoftware (Office-Software) ausgestattet. Auch E-Mail und Internet stehen zur Verfügung. Produktionshilfen für die Text- und Formularerzeugung stehen bei allen Justizbehörden zur Verfügung (u. a. RASYS, IT-MobiV, IT-ZVG, EASYForm, BetreuText, TVA-StA, TVA-Zivil, TVA-Fam, REFJPA).

II. Zentrale Betreuungsstrukturen

Die zentralen Strukturen der IT-Betriebsorganisation in NRW, mit den Kernelementen

- Technisches Betriebszentrum (TBZ)
- Validierungszentrum (VZ)
- zentrale Problembehandlung (Beratungstelefon Informationstechnik [BIT]) und
- Zentralbeschaffung durch die Zentrale IT-Beschaffungsstelle ZIB nebst professioneller Roll-Out-Gestaltung durch das Roll-out-Organisationsteam ROOT

haben sich im täglichen Betrieb bewährt.

Der zentralen Netz- und Systemüberwachung der Infrastrukturserver kommt im Hinblick auf IT-Sicherheit und Virenschutz immer größere Bedeutung zu.

III. Fachanwendungen

In den Geschäftsbereichen der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen kommen folgende Anwendungen zum Einsatz:

Ordentliche Gerichtsbarkeit

Elektronische Grundbuchführung

Die Software SolumSTAR ist derzeit bei 39 Gerichten erfolgreich im Echteinsatz, darunter befinden sich auch große Standorte wie Düsseldorf, Bielefeld, Essen, Köln und Dortmund. Die einzelnen Prozesse greifen gut ineinander, der Umstellungsbetrieb läuft nahezu reibungslos. Etwa 40% der insgesamt knapp 6 Millionen Grundbücher in Nordrhein-Westfalen werden bereits elektronisch geführt. Der Durchsatz in den Umstellungszentren wurde zum 01.01.04 von bisher 5.000 auf jetzt 5.600 Grundbüchern täglich erhöht. Seit April 2004 erfolgt die weitere Verfahrenseinführung mit (kostengünstigeren) Linux-Produktionsservern. Die ALB-Anbindung ist erfolgreich pilotiert und wird seit Juli 2004 sukzessive landesweit eingeführt. Die Internet-Grundbucheinsicht wurde am 01.06.04 in den kostenpflichtigen Echtbetrieb genommen. Der Abschluss der landesweiten Umstellung ist für Ende 2006 vorgesehen.

FOLIA

Bei mehr als 80 kleinen und mittleren Amtsgerichten des Landes wird das Grundbuchautomationsverfahren FOLIA zur Führung des papiergestützten Grundbuchs eingesetzt. Das Verfahren wird durch den Entwicklungsverbund FOLIA weiterentwickelt und gepflegt, dem die Landesjustizverwaltung NRW im Jahr 2001 beigetreten ist. Die im Entwicklungsverbund konzipierte EGB-Variante des Verfahrens wird in NRW nicht eingesetzt.

Elektronisches Handelsregister

Das elektronische Handels- und Genossenschaftsregister ist bei allen 30 Amtsgerichten eingeführt, bei denen die Registerführung künftig verbleibt. Dort sind bereits über 85% des landesweiten Datenbestandes erfasst. Die Konzentration des Handelsregisters wird mit dem Ziel vorangetrieben, bis zum Jahresende 2004 die gesamte Registerführung auf die verbleibenden 30 Standorte konzentriert zu haben. Das elektronische Vereinsregister befindet sich bei 15 Standorten im Echteinsatz und wird im Laufe des Jahres auf weitere Standorte ausgedehnt. Bis zum Jahr 2006 müssen die Anforderungen der sog. SLIM-IV-Richtlinie umgesetzt werden, welche u.a. eine elektronische Entgegennahme aller einzureichenden Schriftstücke und eine elektronische Einsichtnahme in die Unterlagen des Sonderbandes vorschreibt.

JUDICA

Das DV-Verfahren JUDICA wird als datenbankgestütztes Fachsystem für den gesamten Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit die als Zwischenlösungen in der Justiz in NRW im Einsatz befindlichen Verfahren ablösen. Aufgrund seiner modularen Struktur und seines hohen Grades an Flexibilität bildet JUDICA die Grundfunktionen aller Fachbereiche und Gerichtsbarkeiten ab und ist jeweils erweiterbar um erforderliche Fachfunktionen für alle Bereiche. JUDICA unterstützt die Bearbeitung der anfallenden Aufgaben in den Zivil-, Familien- und Strafabteilungen der Amts-, Land- und Oberlandesgerichte aller Dienstzweige und Funktionen und wird somit zu der Basisunterstützung im Bereich der Rechtspflege in NRW. JUDICA wird sukzessive für weitere Fachbereiche ausgebaut. Derzeit ist die Unterstützung für den Immobilien- und Mobiliarvollstreckungsbereich sowie für Betreuungs- und Nachlasssachen geplant. Die Programmerstellung für den Zivil- Familien- und Strafbereich ist nahezu abgeschlossen. Pilotinstallationen laufen derweil bei mehreren Amtsgerichten und dem Oberlandesgericht Düsseldorf, in nächster Zeit soll die Pilotierung auf den Bereich der Landgerichte ausgeweitet werden.

IT-InsO

Das DV-Verfahren IT-InsO befindet sich in Nordrhein-Westfalen seit dem 01.01.1999 bei 19 Insolvenzgerichten im Einsatz. Im Rahmen der Gesetzesnovellierung der Insolvenzordnung werden seit dem 01.04.2002 alle Mitteilungen in Insolvenzverfahren im Internet veröffentlicht (www.insolvenzen.nrw.de). Derzeit wird ein Redesign des DV-Verfahrens IT-InsO auf der Basis des DV-Verfahrens JUDICA durchgeführt, um die mittlerweile veraltete Benutzeroberfläche von IT-InsO an den Stand der heutigen Technik heranzuführen. Dieses Redesign und die Erstellung des neuen JUDICA-Moduls („JUDICA-InsO“) sind nahezu abgeschlossen. Eine Pilotierung bei zunächst einem Amtsgericht erfolgt in diesem Sommer. Das Redesign auf Basis des DV-Verfahrens JUDICA minimiert die erforderlichen Programmier- und Pflegeaufwände, wobei Synergieeffekte durch die Vereinheitlichung der Benutzeroberflächen der DV-Verfahren IT-InsO und JUDICA insbesondere bei Mischarbeitplätzen und im Bereich Schulung und Support in NRW zu erwarten sind. Im Rahmen des Redesigns der IT-InsO Oberflächen werden auch die von den Anwendern gewünschten Programmoptimierungen umgesetzt.

Staatsanwaltschaften

In den nordrhein-westfälischen Staatsanwaltschaften wird flächendeckend das Verfahren **MESTA** (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation) eingesetzt.

MESTA kommt auch in den Ländern Brandenburg, Hamburg, Hessen und Schleswig-Holstein zum Einsatz.

Fachgerichtsbarkeiten

VG/FG

Das DV-Verfahren VG/FG ist seit April 1996 für den landesweiten Einsatz in den Verwaltungs- und Finanzgerichten in NRW freigegeben. VG/FG unterstützt die Arbeitsbereiche Geschäftsstellenverwaltung, Richterarbeitsplatz, Kanzlei, Kostenberechnung und verschiedene Querschnittfunktionen. Die Vollaussstattung aller Arbeitsplätze in der Verwaltungs- und der Finanzgerichtsbarkeit konnte planmäßig im Jahr 1999 abgeschlossen werden.

SHARK

Seit 1997 wird das System SHARK flächendeckend eingesetzt. Mit den Planungen für ein Redesign ist zwischenzeitlich begonnen worden.

LISA

Seit 1999 sind flächendeckend bei allen Sozialgerichten IT-Arbeitsplätze eingerichtet. Über den Netzwerkrechner des Landessozialgerichts in Essen sind alle Sozialgerichte verbunden und an das Landesverwaltungsnetz angeschlossen. Auch das Verfahren LISA befindet sich im Redesign („LISA-Web“).

Strafvollzug

Der Bereich des Strafvollzuges ist bereits seit Ende des Jahres 2000 flächendeckend mit Informationstechnik ausgestattet. Rund 4.200 moderne Bildschirmarbeitsplätze ermöglichen nahezu allen Bediensteten Zugriff auf Standardsoftware, Email, Computerfax sowie umfangreiche komfortable Informationsangebote im jeweiligen behör-

deneigene Intranet, dem gemeinsamen Landesintranet der Justiz und im Internet. Bewährte Fachverfahren, wie beispielsweise das **B**uchhaltungs- und **A**brechnungs-**S**ystem im **S**trafvollzug (BASIS) unterstützen die verschiedensten Tätigkeitsfelder. Das Verfahren BASIS wird derzeit unter der Projektbezeichnung BASIS-Web vollständig überarbeitet. Unter anderem werden (landes-) zentrale Auswertungen unter Verwendung von entsprechenden Auswertungstools nach individuellen Vorstellungen der jeweiligen Landesjustizverwaltung ermöglicht. Die Entwicklung von BASIS-Web umfasst neben der Realisierung des gesamten bereits vorhandenen Programmumfangs bedeutende fachliche Erweiterungen, etwa in den Bereichen Ärztlicher Dienst, Besuch, Disziplinarstrafen etc. Mit dem Roll-Out wird im Oktober 2004 begonnen.